

Rede vom 29.06.2004

Thema: Regionsversammlung am 29. 06. 2004 –  
Redebeitrag Dieter Lüddecke (Fraktionsvorsitzender)  
zur Fortschreibung des Berufsschulkonzeptes



Anrede,

heute soll ein Berufsschulkonzept beschlossen werden, das in den vergangenen fünf Monaten intensiver als alles andere in dieser Region beraten und von allen, die nicht zur Verwaltung und der rot-grünen Mehrheitsgruppe gehören, in großer Geschlossenheit abgelehnt wird.

Nun muss sich die Verwaltung eigentlich fragen, was man falsch gemacht hat, wenn vom Deutschen Gewerkschaftsbund über Lehrer-, Eltern- und Schülervertreter, von Kammern, Handwerkerschaft und Unternehmen, von der PDS über das BürgerForum und die FDP bis hin zur CDU alle, aber auch alle dieses Konzept ablehnen.

Stattdessen erlebt man, wie die Verwaltung hartnäckig und stur die eigene Linie weiter verfolgt, und man erlebt, wie man einen Schulleiter öffentlich in der Presse kritisiert, er hetze seine Schüler auf.

Die Beschimpfung Andersdenkender ersetzt nicht eine sachliche Beantwortung bohrender und drängender Fragen in den Anhörungen und in den Ausschussberatungen der letzten fünf Monate. Hier scheint der Verwaltung an einigen Stellen die Argumente abhanden gekommen zu sein, ganz abgesehen vom zuständigen Sachbearbeiter, der häufig Fragen überhaupt nicht oder nur sehr unzureichend beantwortet.

Ich möchte versuchen, aus Sicht der FDP-Fraktion etwas mehr Sachlichkeit in die besonders von Herrn Saris (Grüne) sehr emotional geführte Diskussion zu bringen. Ich glaube man braucht auf die Beiträge von Herrn Saris in Zukunft nicht mehr eingehen. Das, was er heute hier der CDU und der FDP vorgeworfen hat, kann man nur als unverschämte bezeichnen.

Er hat weder an den Ausschusssitzungen teilgenommen, noch hat er Detailkenntnisse von allem, was hier gelaufen ist. Er hat einfach ignoriert, dass hier Gegenvorschläge von der Opposition gemacht wurden und stellt Behauptungen auf, die schlichtweg falsch sind.

Zum Verfahrensablauf: Im November 2003 hat die Politik die Verwaltung aufgefordert, das Berufsschulkonzept fortzuschreiben. So steht es in der Beschlussvorlage. Eine Fortschreibung war also politisch gewollt. Entstanden ist allerdings eine komplette Neuordnung der Berufsschulen in der Region. Voraussetzung für eine solche Neuordnung wäre ein gültiger Schulentwicklungsplan gewesen. Der liegt nicht vor. Schulentwicklungspläne sind von den ehemaligen Schulträgern der Landeshauptstadt und dem Landkreis Hannover in den 90er-Jahren verabschiedet worden. Bei solchen gravierenden Veränderungen wie der Auflösung von Schulen oder der Verlagerung ganzer Ausbildungsbereiche wäre ein durch die Politik beschlossener Schulentwicklungsplan des neuen Schulträgers Region Hannover zwingend notwendig gewesen.

Die Vorlage I B 0317-B/2002 ist kein rechtsverbindlicher Schulentwicklungsplan, der nach § 26 des Niedersächsischen Schulgesetzes u. a. auch mit den Nachbarkreisen hätte abgestimmt werden müssen. Insofern ist der Änderungsantrag der CDU-Fraktion in diesem Punkt nicht ein frommer Wunsch, sondern eine zwingende Notwendigkeit, der sich auch die Mehrheitsfraktion in diesem Hause stellen müsste.

Nun zur Beteiligung der Betroffenen. Das wird ja gleich, wenn Herr Dr. Arndt nach mir spricht, aufgegriffen und detailliert dargestellt. Ich habe mit allen Betroffenen, sofern sie mir bekannt waren, gesprochen. Natürlich ist es richtig, dass zwischen November letzten Jahres und dem 20. Januar diesen Jahres, als Herr Jordan das Konzept der Presse vorstellte, mit einem Vertreter der IHK, einem Vertreter der Handwerkskammer und zwei Schulleitern, die für die anderen sprechen sollten, gesprochen wurde. Mir haben alle Beteiligten gesagt, dass dies allgemeine Gespräche gewesen wären, die Zielvorstellungen nannten, die unwidersprochen seien, zum Beispiel Kompetenzzentren zu schaffen. Als aber am 20. Januar das Konzept schriftlich ausgearbeitet vorgelegen hat, sind einige vom Hocker gefallen, weil dies im Detail mit einem solchen Umzugskarussell durch die gesamte Region in keiner Weise vorher bekannt gewesen war. Da setzt genau deren Kritik ein, weil das im Detail mit ihnen nicht besprochen worden war.

Zum Ablauf des 20. Januar, der ja auch im Schulausschuss mehrfach diskutiert wurde: Herr Jordan hat um 13 Uhr die Presse, um 15:15 Uhr die Fraktionsvorsitzenden und um 17 Uhr eine ausgewählte Zahl von Schulleitern – bei weitem nicht alle, von denen man meinte, sie seien besonders betroffen - informiert. Ich habe dies kritisiert. Die Antwort der Verwaltung war: „Ich kann das bald nicht mehr hören.“ Das ist keine Antwort. Dann ist eine Entschuldigung der Verwaltung gekommen, man sagte: Wenn man um 13 Uhr die Presse und den NDR informiert und sagt „Sperrfrist bis 17 Uhr“ und die sich nicht daran halten, dann kann man nichts dafür. – Dies beweist mir, dass die Verwaltung überhaupt nicht begriffen hat, worum es an diesem Nachmittag gegangen ist. Es geht genau darum, was vorhin bei einem ganz anderen Tagesordnungspunkt hier vorgetragen wurde, nämlich dass die betroffenen Schulleiter vorab informiert werden, dass vorab mit ihnen die Dinge besprochen werden, bevor man in die Presse geht. Das war der Punkt. Den hat man in keiner Weise widerlegen können.

Nun zum Inhalt. Die Verwaltung ist bei diesem Konzept nach ihrer Auffassung drei Irrtümern unterlegen.

Irrtum Nr. 1: Man spricht von einem Konzept. – Ich habe mit vielen Experten gesprochen. Man hat ja auch hier in der Regionsversammlung Abgeordnete, die aus dem schulischen Bereich kommen. Ich weiß, dass Herr Hoffmeister aus dem Bereich der allgemein bildenden Schulen kommt. Ich selbst habe weit über 15 Jahre in der beruflichen Bildung gearbeitet. Alle haben gesagt: Dies ist kein Konzept. Dies ist eine Neuverteilung von Unterrichtsräumen zum Nachteil fast aller Schulen. Das ist dabei herausgekommen.

Man hat in der Beschlussvorlage die Zielvorstellung richtig formuliert, Kompetenzzentren zu schaffen. Wenn man über diese Zielvorstellung abstimmen würde, würde man hier 84 Ja-Stimmen erwarten. Das ist auch richtig so. Man sagt aber bereits im zweiten Satz, dass vorhandene, gut funktionierende, weit über die Grenzen Hannovers bekannte und auch wirklich gut arbeitende Kompetenzzentren, zum Beispiel die BBS 13, zerschlagen werden sollen, dass die BBS ME einen wesentlichen Baustein des Kompetenzzentrums für Metall und Elektro abgeben soll. Es wurde ein neues Kompetenzzentrum für die Automobilindustrie konzipiert und zusammen mit dem kaufmännischen Bereich des Transportgewerbes beschult werden. Das passt nicht zusammen.

Wenn man über Kompetenzzentren redet, dann sollte man einmal hinterfragen, was darunter zu verstehen ist. – In einem Kompetenzzentrum bündelt man Fachlehrer und die sächlichen Ausgaben, d. h. Ausstattung der Schulen. Dadurch kann man Kosten sparen und die Qualität der Ausbildung verbessern. Wenn ich mit der BBS 13 intensiv spreche und sehe, wie deren Ausbildungskonzept aussieht und dann feststelle, dass da drei entscheidende Säulen der gemeinsamen Ausbildung der Versicherungskaufleute und

Bankkaufleute sind, die auch gemeinsam von Fachlehrern unterrichtet werden, und dort eine Säule herausgebrochen und die gesamte Schule organisatorisch aufgehoben wird, dann kann man von einem Zerschlagen eines Kompetenzzentrums sprechen, das weit über die Grenzen Hannovers hinaus bekannt ist.

Das muss man irgendwann mal zur Kenntnis nehmen. Man kann nicht einfach ideologisch darüber hinweggehen und sagen »Das ist nicht so; wir lassen da einige Lehrer und einige Inhalte der Schule stehen«.

Da, wo die Kompetenzzentren geschaffen wurden, hat man einfach die pädagogischen Inhalte nicht begriffen. So deutlich muss man das sagen.

Dann hat man in diesem Konzept gesagt: Man will die BBS Burgdorf und die BBS 6 zusammenlegen. Die BBS Burgdorf unterrichtet zurzeit an drei Standorten in zwei verschiedenen Städten. Nun soll noch die BBS 6 in Hannover dazukommen. Dann hat man drei Städte und vier Standorte. Wie man das organisatorisch mit einer Schulleitung regeln will mit unterschiedlichen Fachbereichen, die dort ausgebildet werden sollen, bleibt ein Geheimnis. Alle, mit denen ich gesprochen habe, haben gesagt: Dies ist organisatorisch nicht möglich.

Der zweite Irrtum der Verwaltung: Man spricht vom Sparen. – Sparen kann man – da gibt es einen großen Konsens; das ist hier auch angesprochen worden – durch die Aufgabe der Voltmerstraße. Das wissen alle. Dazu braucht man aber nicht eine Über-Land-Verschickung von mehreren tausend Schülern zu organisieren. Das kann man anders regeln.

Die Kosten für die geplanten Umzüge wurden gar nicht berechnet. Erst auf intensive Nachfragen hat man eine gegriffene Zahl von 80.000 € erhalten, die der zuständige Sachbearbeiter bei einer Anhörung weder erläutern noch im Detail belegen konnte. Jeder weiß, dass die Umzieherei wesentlich teurer wird. Auch hier hat die Verwaltung aus meiner Sicht äußerst schlampig gearbeitet. Ich habe alle diese Anhörungen mitverfolgt. Es hat keine konkrete Aussage gegeben.

Dritter Irrtum der Verwaltung: Sie spricht von einer Reform. Dazu wird ja gleich der Regionspräsident etwas sagen. Man hat den Vorwurf erhoben, dass die Gegner nicht reformfreudig seien. Dieses Konzept hat nach meiner Auffassung aber auch nichts aufzuweisen, was in irgendeiner Weise den Namen »Reform« verdient.

Wenn man behauptet, Führungsbeamte werden dafür bezahlt, dass sie zukunftsweisende Konzepte entwickeln und diese auch gegen Widerstände durchsetzen, dann ist das richtig. Da hätte man meine volle Zustimmung. Dann sollte man das als Verwaltung aber auch endlich machen! Dies ist weder eine Reform noch ein zukunftsweisendes Konzept, sondern das ist fehlerhaft und hat handwerkliche Mängel.

Ich darf der rot-grünen Mehrheit noch einmal vor Augen führen, welche vier wesentlichen Nachteile das Konzept hat. Das kann man in angemessener Zeit im Schulausschuss mit den Betroffenen und der Verwaltung ändern.

Der erste Nachteil des Konzeptes ist die Verminderung des Angebots an den Bündelschulen. Das trifft in ganz besonderer Weise die kleinen Handwerksbetriebe und die ortsnahe Ausbildung des Mittelstands. Sie haben ihre Schulen im Umland kennen gelernt. Diese Schulen sind leistungsfähig. Wenn man eine gesicherte Einzigigkeit sicherstellen kann, dann sollte man diese gewachsenen Strukturen erhalten. Hier gibt es eine wesentliche Unruhe, besonders bei kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Zweitens. Wie ich ausgeführt habe, zerschlägt man gewachsene Strukturen auch bei den Kompetenzzentren. Man mindert dadurch die Qualität der Ausbildung. Hierfür gibt es eine Menge Beispiele.

Drittens. Es gibt einen aus ihrer Sicht unbegründeten riesigen Wechsel von Aufgaben in der Zuordnung zu den einzelnen Schulen – teilweise an Schulen, die erst vor einem Jahr umziehen mussten und gewechselt haben. Das gibt Unruhe bei den Lehrern, bei den Schülern und vor allem auch bei den Unternehmen, die ihre Azubis in die Schule geben in der Absicht, dass sie bei uns qualitativ gut ausgebildet werden. Solche Änderungen macht man nicht gegen die Lehrer, sondern mit den Lehrern.

Die vierte Unzulänglichkeit in diesem Konzept ist: Es gibt längere Fahrtzeiten für viele Schüler. Auch da darf ich aus der Diskussion berichten. Es ist schon sehr naiv, wie die Verwaltung an dieser Stelle argumentiert. Sie sagt: Man hat sich in den Zug gesetzt, von Hannover-Hauptbahnhof nach Springe fährt man 36 Minuten, nach Burgdorf sind es 28 Minuten. – Das ist überhaupt nicht das Thema. Das Thema lautet: Wenn ein Einzelhändler in Burgdorf 20 Auszubildende in die Berufsschule nach Burgdorf schickt und sie dort anderthalb Tage beschult werden, dann wird man erwarten, dass sie am zweiten Ausbildungstag am Nachmittag im Unternehmen Arbeit leisten. Dafür werden sie bezahlt. Dafür werden sie im Unternehmen ausgebildet. Azubis sind nicht preiswert. Das ist für ein Unternehmen in der heutigen Zeit besonders schwierig. Wenn man aber von Burgdorf nach Springe fährt, wie es jetzt geplant ist, dann sind sie am Nachmittag unterwegs und stehen dem Unternehmen nicht mehr zur Verfügung. Das ist das Problem. Ich wundere mich, dass die Verwaltung in Gesprächen mit den Unternehmen dies nicht herausgefunden hat und versucht hat, einen hier mit solchen plakativen, einfachen Antworten abzuspeisen.

Zu dem Vorwurf von Herrn Saris. Es wird hier unterstellt, man würde keinen Handlungsbedarf sehen, man würde alles beim Alten lassen, und man hätte keine Gegenvorschläge. – Ich sehe genauso, wie es Herr Hoffmeister vorgetragen hat, einen enormen Handlungsbedarf. Natürlich hat man den. Man muss die Schulen zukunftsfähig machen. Man muss sie auch für die Unternehmen, die eine große Last in der Ausbildung tragen, attraktiv machen, dass die Schüler dort gut ausgebildet werden.

Ich möchte drei Zielvorstellungen nennen, nach denen die Verwaltung ein neues Konzept erarbeitet.

Erstens. Man braucht die Kompetenzzentren. Das ist unstrittig. Aber man darf die vorhandenen – das sind einige in Hannover – nicht auflösen. Man muss sie erhalten, wie sie sind. Man muss sie ausbauen und stärken, aber nicht auflösen. Man muss dafür weitere Kompetenzzentren peu à peu entwickeln. Hätte man das gemacht, hätte man die Zustimmung aller. Das spart Kosten und hebt die Qualität der Ausbildung.

Zweitens. Man möchte die Bündelschulen dort erhalten, wo eine gesicherte Einzügigkeit gegeben ist. Dies hätte Vorteile in der Fläche für kleine Unternehmen. Ich habe das bereits erläutert.

Drittens. Es ist richtig, die Voltmerstraße aufzugeben. Der Unterricht ist dort nicht mehr zumutbar. Das brauche ich nicht zu erläutern. Das haben Vorredner bereits getan. Diese 15 Klassen sollten auf andere Schulen verteilt werden, wo man rückläufige Schülerzahlen hat.

Dies ist auf der Basis eines Schulentwicklungsplanes möglich, den man demnächst im Schulausschuss beraten könnte.

Ich bin sicher, wenn dies im Detail durch die Verwaltung mit den ihr zur Verfügung stehenden Zahlen ausgearbeitet würde, ohne das große Umzugskarussell in Bewegung zu setzen, dann hätte man eine größere Zustimmung der Betroffenen, man hätte eine Qualitätsverbesserung der Ausbildung und könnte dennoch Kosten sparen. Offensichtlich ist diese Lösung aber zu einfach und deshalb nicht gewünscht. Stattdessen gibt man sich mit der vorgelegten Lösung den Anstrich einer Reform, die in Wirklichkeit keine ist.

Man steht nicht unter Zeitdruck, wenn man heute den Verwaltungsvorschlag zurückweist und zum Jahresende auf der Basis eines neuen Schulentwicklungsplanes eine geänderte Form diskutiert und im nächsten Jahr umsetzt, dann hätte man den Expertenmeinungen im Schulausschuss Rechnung getragen. Dieser hat mit elf zu sieben Stimmen den Vorschlag der Vorlage I B 0075-B/2004 beschlossen.

Rot-Grün sollte sich einen Ruck geben und mit der Mehrheit des Schulausschusses eine Allianz der Vernunft bilden gegen den Druck der Verwaltung und der B-Vorlage zustimmen.